

Daten | Fakten | Argumente

THEMA DER WOCHE

Ergebnisse der Steuerschätzung – Nochmalige Zunahme der Einnahmen von hohem Niveau aus

Trotz der etwas schwächeren Erwartungen für das Wirtschaftswachstum werden die Steuereinnahmen in diesem Jahr und den Jahren bis 2023 sogar noch höher ausfallen als bisher angenommen. Der aktuellen Schätzung zufolge steigen sie von 2017 knapp 735 Milliarden Euro jedes Jahr um durchschnittlich gut 35 Milliarden Euro auf 941 Milliarden Euro im Jahr 2023. Allein der Bund wird bis 2023 gut 68 Milliarden Euro mehr zur Verfügung haben als noch 2017 – das sind für diesen Zeitraum noch einmal zehn Milliarden Euro mehr als noch im Mai angenommen. Weil auch die Steuereinnahmen der Länder und der Gemeinden noch stärker anwachsen als erwartet, erhöht sich der finanzielle Spielraum des Staates nochmals. Aus Sicht der Unternehmen in Deutschland sollte dieser Spielraum genutzt werden, um Steuer- und Bürokratiebelastungen der Unternehmen zu senken.

**Konsum und hohe
Beschäftigung stützen
Steuereinnahmen**

■ Berücksichtigt haben die Steuerschätzer, dass das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nach den jüngsten Prognosen etwas moderater ausfallen wird als noch im letzten Herbst vorhergesagt. Allerdings sorgen die robuste Binnenkonjunktur und die weitere Zunahme der Beschäftigung für einen strukturell stabilen Anstieg der Steuereinnahmen. Das gilt vor allem für die aufkommensstarken Steuerarten wie die Lohn- und die Umsatzsteuer, die allein schon gut 60 Prozent des Steueraufkommens ausmachen. Aber auch die Einnahmen aus den Gewinnsteuern der Unternehmen klettern seit einigen Jahren deutlich stärker als das Bruttoinlandsprodukt.

**Auch die Steuereinnahmen
der Länder und Gemeinden
steigen kräftig**

■ Zum stetig wachsenden Steuerkuchen tragen auch die steigenden Einnahmen von Ländern und Gemeinden bei. Dabei legen nicht nur die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern zu. Die Länder profitieren ebenso vom Bauboom und – über die Grunderwerbsteuer – von steigenden Immobilienpreisen. Darüber hinaus spült der demografische Wandel noch mehr Erbschaftsteuer in ihre Kassen. Gleichzeitig erzielen die Gemeinden so hohe Einnahmen aus der Gewerbesteuer wie noch nie. Auch die Grundsteuereinnahmen wachsen trotz veralteter Bemessungsgrundlagen weiter, weil viele Kommunen in den vergangenen Jahren ihre Hebesätze erhöht haben. Es ist also davon auszugehen, dass die Belastung der Länderhaushalte durch „notleidende“ Kommunen geringer wird. Alles in allem sollten alle Bundesländer ab 2020 die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten und ihre Haushalte ohne Kredite finanzieren können. Steuerentlastungen, die auch von den Ländern mitgetragen werden müssten, sind daher möglich.

Aufbruch jetzt, ...

■ Nicht nur die Steuereinnahmen des Staates und damit die Belastungen für Bürger und Unternehmen wachsen von Jahr zu Jahr. Auch der Anteil der Steuereinnahmen am BIP – also die Steuerquote – steigt. Die Bundesregierung hat in der laufenden Legislaturperiode ausreichend große Spielräume, um angekündigte Maßnahmen umsetzen zu können und zugleich die Steuerlasten zu senken. Die Finanzierung der im Koalitionsvertrag vereinbarten prioritären Investitionen in öffentliche Verkehrs- und digitale Infrastruktur sowie Bildung ist gesichert. Jetzt geht es darum, den Spielraum für private Investitionen wieder zu erhöhen – immerhin machen sie 90 Prozent der gesamtstaatlichen Investitionen aus. Deutschland braucht dringend bessere Rahmenbedingungen, um wirtschaftspolitisch endlich eine Aufbruchsstimmung erzeugen zu können.

**... damit Steuern auch
mittel- und langfristig
sprudeln.**

■ Ohne Reformen wird Deutschland im Jahr 2022 unter den OECD-Ländern die höchste Steuerbelastung haben; schon heute rangieren wir bei der nominalen Gesamtsteuerbelastung der Unternehmen im oberen Drittel. Andere Staaten haben ihre Steuersätze in den vergangenen Jahren erheblich reduziert und planen weitere Senkungen. Neben den hohen Steuern beschäftigt die Unternehmen aber auch die zunehmende Bürokratielast. Bei den Unternehmen steigt die Ungeduld darüber, dass die technologischen Möglichkeiten in den staatlichen Verwaltungen nicht schneller genutzt werden, um Unternehmen den Alltag zu vereinfachen. Die Belastungen mit Steuern und Bürokratie sorgen derzeit eher dafür, dass die Rahmenbedingungen für Unternehmen am Standort Deutschland im internationalen Vergleich an Attraktivität verlieren.

**Erster Schritt: Soli für alle
abschaffen**

■ Die Bundesregierung sollte jetzt die Chance nutzen, die hiesigen Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern. Als Sofortmaßnahme empfiehlt sich die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle Steuerzahler noch in dieser Legislaturperiode. Das wäre ein guter Einstieg in eine Steuerpolitik, die sich auch als Standortpolitik versteht. Beschleunigte Abschreibungen und die Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung sollten sich angesichts der guten Lage der öffentlichen Haushalte ebenfalls umsetzen lassen. Zumindest für die steuerliche FuE-Förderungen soll – so Finanzminister Scholz bei der Vorstellung der Ergebnisse der Steuerschätzung – in Kürze ein konkreter Gesetzentwurf vorgelegt werden. Immerhin! Nur wenn jetzt die Wachstumskräfte gestärkt werden, können Unternehmen und ihre Beschäftigten auch in Zukunft im Wettbewerb mit anderen mithalten.